

Erklärung vom 12. Januar: Lasst uns eine Bewegung von Weltbürgern ins Leben rufen!

Nach einem internationalen Online-Dringlichkeitsforum am 12. Januar 2026 richten wir, die Unterzeichner, diesen Appell an die Weltgemeinschaft. Wir schließen uns zusammen, um Maßnahmen anzustoßen, die unserer Meinung nach ergriffen werden müssen, um den Absturz der menschlichen Zivilisation in eine potenziell tödliche Katastrophe abzuwenden.

Mit Beginn des Jahres 2026 ist die Welt in eine neue Phase eingetreten. Das Völkerrecht wird abgeschafft und durch das Gesetz des Dschungels, das sogenannte Prinzip „Macht geht vor Recht“, ersetzt. Durch diesen vollständigen Zusammenbruch auch nur des Anscheins einer Weltordnung auf der Grundlage wirklicher Rechtsprinzipien drohen verschiedene regionale Konflikte zu einem neuen dunklen Zeitalter oder sogar zu einem globalen Atomkrieg zu eskalieren.

Ein Beispiel: Nach wiederholten Akten der Piraterie gegen Venezuela und der Entführung des Staatsoberhauptes eines souveränen Landes verkündet man nun die geplante Invasion und Plünderung der natürlichen Ressourcen weiterer Länder, wie Kuba, Mexiko, Kolumbien, Iran und möglicherweise noch anderer, sowie von Gebieten wie Grönland. Eine Aufrüstung, wie es sie seit etwa 90 Jahren nicht mehr gegeben hat, beschwört die Aussicht auf einen kommenden neuen Weltkrieg herauf, und gleichzeitig droht dem vom Westen dominierten Finanzsystem, das mittlerweile fast vollständig von der Realwirtschaft abgekoppelt ist, ein systemischer Zusammenbruch, der schlimmer sein kann als die Krise 2008.

Feigenblätter wie „humanitäre Intervention“ und Verteidigung der „regelbasierten Ordnung“ wurden komplett fallen gelassen, stattdessen wird offen ein aggressiver Imperialismus und Neokolonialismus demonstriert. Die sogenannten „westlichen Werte“ werden verraten, es bleibt nur eine müde Illusion irgendwelcher Legitimität, nachdem diese Werte begraben wurden. Der Mangel an kompetenter Staatskunst und der Einsatz militärischer und wirtschaftlicher Gewalt anstelle von Diplomatie als Mittel zur Konfliktlösung haben zum Scheitern von Institutionen der Nachkriegszeit wie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der UN-Generalversammlung geführt. Weil Entscheidungen der höchsten Gerichte wie des Internationalen Gericht-

shofs (IGH) nicht durchgesetzt werden, bleiben Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ungestraft.

Dieser bedauerliche Zustand erfordert ein dringendes Eingreifen sowohl von Institutionen als auch von Menschen guten Willens weltweit. Wir schlagen daher die Gründung einer Weltbürger-Initiative vor, die mit religiösen Organisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie den Vereinten Nationen als zentralem Partner zusammenarbeitet, um die Charta der Vereinten Nationen und die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz von 1954 aufrechtzuhalten. Zu ihren unmittelbaren Schwerpunkten müssen u.a. gehören:

- die dringende Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung der Prinzipien einer neuen internationalen Sicherheits- und Entwicklungsbaukasten und
- die Bildung von Teams, die sich mit Aspekten des Wiederaufbaus des Systems der Weltordnung befassen. Zum Beispiel:
 - a) die Ausarbeitung einer „Weltlandbrücke“ mit wirtschaftlichen Entwicklungskorridoren für jeden Kontinent;
 - b) die Bildung von Ad-hoc-Teams, die die dreiste Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas und ähnliche Einmischungen in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten in allen Teilen der Welt sowie den anhaltenden Völkermord in Gaza und ähnliche Verletzungen der Menschenwürde anderswo verurteilen müssen;
 - c) die Neuordnung des Weltfinanzsystems, einschließlich der Gründung von Nationalbanken für jedes Land und eines neuen Zahlungssystems im Dienste der Realwirtschaft;
 - d) die Wiederbelebung der besten Traditionen jeder Kultur oder Zivilisation der Welt; sowie die Förderung des Dialogs zwischen ihnen für
 - e) die Erforschung neuer Denkmethoden, die ein neues Paradigma in der Menschheitsgeschichte etablieren, wie beispielsweise die Methode des Zusammenfalls der Gegensätze.

Hiermit wird eine „Gruppe für sofortiges Handeln“ zur Umsetzung dieser Perspektive gegründet. Sie steht Vertretern aller Organisationen/Institutionen sowie Einzelpersonen offen, die sich am Aufbau einer weltweiten zivilgesellschaftlichen Initiative beteiligen möchten, die sich für die Interessen der gesamten Menschheit einsetzt und die Einhaltung dieses Ideals durch eine reformierte UNO gewährleistet. Es sollte den jeweiligen Vertretern aller Nationen überlassen bleiben, zu entscheiden, welche gewaltfreien Aktionen in der Tradition von Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Nelson Mandela in ihrem Land angemessener sind.

Lasst uns eine Bewegung von Weltbürgern ins Leben rufen!

Zum Unterstützen dieser Resolution bitte hier scannen:
oder gehen Sie auf:

[https://schillerinstitute.com/de/
blog/2026/01/26/erklaerung-
vom-12-januar-lasst-uns-eine-
bewegung-von-weltbuergern-
ins-leben-rufen/](https://schillerinstitute.com/de/blog/2026/01/26/erklaerung-vom-12-januar-lasst-uns-eine-bewegung-von-weltbuergern-ins-leben-rufen/)



Erstunterzeichner:

- Helga Zepp-LaRouche (Deutschland), Gründerin des Schiller-Instituts, Chefredakteurin von EIR
- Dr. Naledi Pandor (Südafrika), ehemalige südafrikanische Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit und derzeitige Vorsitzende des Kuratoriums der Nelson-Mandela-Stiftung
- Zhang Weiwei (China), Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des China-Instituts an der Fudan-Universität in Shanghai
- Dmitri Trenin (Russland), Direktor und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Weltmilitärwirtschaft und -strategie an der HSE-Universität in Moskau
- Donald Ramotar (Guyana), ehemaliger Präsident von Guyana
- María de los Ángeles Huerta del Río (Mexiko), ehemalige mexikanische Kongressabgeordnete
- Namit Verma (Indien), indischer Autor und Sicherheitsanalyst
- Dennis Small (Vereinigte Staaten), EIR-Redakteur für Iberoamerika
- Oberstleutnant (a. D.) Ralph Bosshard (Schweiz), ehemaliger Militärberater des OSZE-Generalsekretärs